

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 29 | 23.07.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Andreas Hauer

Korruption, Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung

Das Studienbuch „Korruption, Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung“ führt in das Recht der Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung ein. Neben einem breit angelegten Überblicksbeitrag vertiefen zwei Spezialbeiträge die Ansätze zur Korruptionsbekämpfung auf internationaler und auf Unionsebene. Der Materialenteil gewährt raschen Zugriff auf eine Auswahl wesentlicher Rechtsvorschriften des nationalen, völkerrechtlichen und unionsrechtlichen Antikorruptionsrechtes.

ISBN 978-3-902883-47-6, 2. Auflage, XXI und 344 Seiten, Harteinband, 38 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 320/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über Leistungs- und Förderungsstipendien für das Studienjahr 2020/2021 (**Leistungs- und Förderungsstipendien-Verordnung 2021**)

[BGBl II 321/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung [BGBl. II Nr. 278/2021](#) und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (**2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung**)

[BGBl II 327/2021](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die **Aufhebung des § 1, von Wort- und Zeichenfolgen in § 3 Abs. 1, Abs. 1 Z 2 und Abs. 3 sowie der Anlage 1 der Zahnärztausweisverordnung der Österreichischen Zahnärztekammer durch den Verfassungsgerichtshof**

[BGBl II 328/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (**4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung**)

[BGBl II 330/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung des Haftungsrahmens zur Bewältigung der Krisensituation aufgrund von COVID-19 für das KMU-Förderungsgesetz (**KMU-Förderungsgesetz COVID-19-HaftungsrahmenV**) geändert wird

[BGBl III 120/2021](#)

Änderungen und Ergänzungen der Anlage zum **Abkommen** zwischen der Regierung der **Republik Österreich** und der Regierung der **Italienischen Republik** über die gegenseitige **Anerkennung der akademischen Grade und Titel**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 253 v 16.07.2021, 1](#)

Verordnung (EU, Euratom) **2021/1163** des Europäischen Parlaments vom 24. Juni 2021 zur Festlegung der Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des **Bürgerbeauftragten** (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) und zur Aufhebung des Beschlusses 94/262/EGKS, EG, Euratom

[ABI L 255 v 16.07.2021, 3](#)

Empfehlung (EU) **2021/1170** des Rates vom 15. Juli 2021 zur Änderung der Empfehlung (EU) 2020/912 des Rates zur vorübergehenden **Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen** in die EU und möglichen Aufhebung dieser Beschränkung

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

08.06.2021, [V 587/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-LockerungsVO; Feststellung, dass § 2 Abs. 1 Z 2 COVID-19-LV, BGBl II 197/2020, mit welchem eine **Maskenpflicht im Handel** erlassen wurde, gesetzwidrig war; Verstoß gegen § 1 bzw 2 COVID-19-MaßnahmenG, weil es der Ordnungsgeber gänzlich unterlassen hat, jene Umstände, die ihn bei der Verordnungserlassung bestimmt haben, so festzuhalten, dass entsprechend nachvollziehbar ist, warum der Ordnungsgeber die mit dieser Regelung getroffenen Maßnahmen für erforderlich gehalten hat

08.06.2021, [E 149/2021 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung von Anträgen auf **internationalen Schutz** sowie durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** einer irakischen Familie; keine Auseinandersetzung mit Länderberichten des UNHCR betreffend die Lage von – aus einem (ehemals) vom IS besetzten Gebiet stammenden – sunnitischen Arabern sowie hinsichtlich der Möglichkeit der Einreise in die Herkunftsprovinz; keine Auseinandersetzung mit Länderberichten betreffend die Situation von Frauen und Kindern

10.06.2021, [V 35/2021](#)

COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-LockerungsVO; Abweisung eines Antrags des LVwG NÖ auf Feststellung, dass die **Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes im Kundenbereich** in geschlossenen Räumen in Betriebsstätten gesetzwidrig war (§ 2 Abs 1a COVID-19-LockerungsVO idF BGBl II 398/2020); Bestimmung war vom 14. bis einschließlich

20. September 2020 in Kraft; hinreichende Darlegung der tatsächlichen Umstände auf Grund derer die strittige Regelung erfolgt ist durch den Gesundheitsminister; kein Verstoß gegen das COVID-19-MaßnahmenG

14.06.2021, [V 6/2021](#)

Sbg GemeindeO; Sbg RaumordnungsG Gesetzwidrigkeit eines **Bebauungsplans** einer Sbg Gemeinde wegen gesetzwidriger Kundmachung auf Grund Nennung eines falschen verordnungserlassenden Organs

17.06.2021, [G 223/2020](#)

ESTG; Gleichheitswidrigkeit des **Fehlens einer Ausnahme vom Zuflussprinzip** für die einkommensteuerrechtliche Erfassung von Nachzahlungen von Rehabilitationsgeld mangels Berücksichtigung des steuerlichen Existenzminimums; Verstoß gegen das aus dem Gleichheitsgrundsatz abgeleitete **Leistungsfähigkeitsprinzip** durch die unterschiedliche steuerrechtliche Behandlung von Nachzahlungen von (bescheidmäßig festgesetzten) Pensionen und von Rehabilitationsgeld

17.06.2021, [G 297/2020 ua](#)

ZahnärzteG; ZahnärztekammerG; ZahnärzteausweisVO; Aufhebung bestimmter Wortfolgen des ZahnärzteG, des ZahnärztekammerG und der ZahnärzteausweisVO; Verfassungswidrigkeit der **Übertragung der Zuständigkeit** zur Führung der Zahnärzteliste, zur Ausstellung des Zahnärzteausweises und zur Erlassung der ZahnärzteausweisVO an die Öster Zahnärztekammer mangels Zustimmung der Länder; Gesetzwidrigkeit von Teilen der ZahnärzteausweisVO wegen Aufhebung der gesetzlichen Grundlage

23.06.2021, [G 32/2021](#)

ABGB; keine Unsachlichkeit einer Bestimmung des ABGB betreffend den Ausschluss der Möglichkeit, ein zwischen Lebensgefährten vereinbartes **Veräußerungs- und Belastungsverbot** mit Drittwirksamkeit im **Grundbuch** einzutragen; zulässige Form des Ausgleichs zwischen dem Interesse am Erhalt des Familienvermögens und dem Interesse der Allgemeinheit an der Verkehrsfähigkeit von Liegenschaften; rechtspolitischer Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers nicht überschritten

23.06.2021, [E 865/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Rückkehrsituation von Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben, im Hinblick auf Unterstützungsnetzwerk, Ortskenntnis sowie Bildungs- und Berufserfahrung einschließlich Selbsterhaltungsfähigkeit

23.06.2021, [E 4044/2020](#)

AusländerbeschäftigungsG; Aufhebung des angefochtenen Erkenntnisses; ggst hat die Verordnung Bezirkshauptmannschaft Bludenz vom 21. März 2020 das **Betreten und das Verlassen der Ortsteile Nenzing-Dorf und Beschling** in der Gemeinde Nenzing verboten; dem EpidemieG folgend hatte das Unternehmen drei Arbeitnehmern aus Nenzing das Entgelt weiterbezahlt und dafür Ersatz nach dem EpidemieG beantragt; das – formal auf das COVID-19-MaßnahmenG gestützte – Verbot des Verlassens bestimmter Ortsteile findet in diesem Gesetz keine Grundlage; es handelt sich vielmehr um eine Verkehrsbeschränkung nach dem EpidemieG, das für diesen Fall grds einen **Ersatzanspruch** vorsieht; Verletzung des Unternehmens im **Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz** indem das LVwG Vbg diesen Anspruch allein auf Grund der Promulgationsklausel der VO verneint hat

24.06.2021, [G 363/2020](#)

Richtlinien-VO; keine Verfassungswidrigkeit der sechswöchigen **Frist zur Einbringung von Beschwerden** wegen Verletzung der Richtlinien-VO für das Einschreiten der Organe des öffentlichen Sicherheitsdiensts im Hinblick auf Art 136 Abs 2 B VG; Frist für Richtlinienbeschwerden nicht an der vierwöchigen Frist des VwGVG für Verhaltensbeschwerden zu messen

24.06.2021, [V 2/2021](#)

COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-NotmaßnahmenVO; Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Wortfolge „mit höchstens 50 Personen“ in § 12 Abs. 1 Z 7 der 2. COVID-19-NotmaßnahmenV, BGBl. II 598/2020, wonach bei **Begräbnissen die Zahl der Teilnehmer mit 50 Personen begrenzt** war; **Unverhältnismäßigkeit** der Beschränkung bei gesamthafter Betrachtung

tung; zwar verfolgte die Maßnahme legitime Ziele und war dazu auch geeignet, jedoch ist die letzte Verabschiedung von nahestehenden Verstorbene(n) weder wiederhol- noch substituierbar und stellt daher einen besonders schweren Eingriff in das Recht auf Privatleben dar (Art 8 EMRK); Zurückweisung des Antrags soweit er sich gegen das Verbot des Betretens (Befahrens) des Kundenbereichs von Betriebsstätten zur Inanspruchnahme von körpernahen Dienstleistungen richtet

24.06.2021, [V 87/2021](#)

COVID-19-VirusvariantenVO; Abweisung der Anträge mehrere Einzelpersonen sowie des LVwG Tir, welche die Verfassungskonformität der **Testpflicht für die Ausreise aus Tir** bzw aus den Bezirken Kufstein und Schwaz in Frage stellten; **Verhältnismäßigkeit** dieser Einschränkung des **Rechts auf Freizügigkeit** zum Schutz vor der Verbreitung bestimmter Virusvarianten von COVID-19; Testpflicht als Bedingung für die Ausreise auch für Personen, die bereits eine Infektion mit COVID-19 durchlaufen hatten, war sachlich gerechtfertigt; zum Zeitpunkt der Verordnungserlassung lagen dem Gesundheitsminister bzw den betreffenden Bezirkshauptmannschaften Studien vor, wonach sich Personen mit Antikörpern gegen COVID-19 nochmals mit den Virusvarianten anstecken könnten

24.06.2021, [V 592/2021 ua](#)

COVID-19-MaßnahmenG; **COVID-19-NotmaßnahmenVO**; Abweisung eines Antrags mit dem das Verbot des Betretens und des Befahrens des Kundenbereichs von Betriebsstätten des Handels und damit auch das **Verbot von „Click and Collect“** im November 2020 (§ 5 Abs. 1 Z 1 COVID-19-NotmaßnahmenVO idF BGBl II 528/2020) angefochten wurde; Verhältnismäßigkeit des mit dem Verbot verbundenen Eingriffs in das **Grundrecht der Erwerbsfreiheit** bzw in das **Eigentumsgrundrecht** angesichts der epidemiologischen Lage, zumal das Verbot nur für eine Zeitraum von zehn Tagen galt und Onlinehandel zu keine Zeitpunkt untersagt war, keine unsachliche Ungleichbehandlung, durch die im gleichen Zeitraum erlaubte Abholung von Speisen und Getränken da deren ständige Verfügbarkeit als Güter der Grundversorgung essentiell ist

24.06.2021, [V 593/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenG; **COVID-19-NotmaßnahmenVO**; Abweisung eines Antrags mit das Verbot des Betretens und des Befahrens des Kundenbereichs von Betriebsstätten des Handels und damit auch das Verbot von „**Click and Collect**“ im November 2020 (§ 5 Abs. 1 Z 1 COVID-19-NotmaßnahmenVO idF BGBl II 528/2020) angefochten wurde; kein Verstoß gegen den **Gleichheitssatz** im Hinblick auf Betriebe, die mit Papier- und Schreibwaren handeln; zwar sind Papier- und Schreibwaren für den Alltag vieler Menschen, die sich während der COVID-19-Pandemie im Home-Office oder im Distanzunterricht befinden, besonders wichtig; der Verordnungsgeber konnte aber in einer Durchschnittsbetrachtung vertretbar davon ausgehen, dass für die Kunden ein vorübergehendes Ausweichen auf den Online-Handel zumutbar war; keinen unverhältnismäßigen Eingriff in die **Freiheit der Erwerbsbetätigung** bzw keine unverhältnismäßige **Eigentumsbeschränkung** fest

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

28.05.2021, [Ra 2019/13/0006](#)

AbfallwirtschaftsG; die Ansicht, wonach eine Überprüfung durch den **Sachverständigen** bereits für die Zulässigkeit der Einbringung der Abfälle ausreiche, ist schon deshalb unzutreffend, weil § 63 Abs 1 AbfallwirtschaftsG vorsieht, dass das Überprüfungsverfahren mit Bescheid abzuschließen ist; zudem ist der Amtssachverständige nicht das **willensbildende Organ der Behörde**, sondern ein **Beweismittel**, und die Behörde auch nicht verpflichtet, dem Gutachten des Amtssachverständigen zu folgen

01.06.2021, [Ra 2020/10/0035](#)

UVP-G; **Sbg NaturschutzG**; da das Sbg NaturschutzG vor der Novellierung eine **Parteistellung von Umweltorganisationen** nicht vorgesehen hat, wird mit dem in § 67 Abs 11 erster Satz Sbg NaturschutzG enthaltenen Verweis auf eine „zuerkannte Parteistellung“ jedenfalls eine Konstellation wie die hier vorliegende erfasst, in der einer Umweltorganisation aufgrund der sich aus der Aarhus-Konvention iVm unionsrechtlichen Vorschriften ergebenden Vorgaben Parteistellung zuerkannt wurde

09.06.2021, [Ro 2021/03/0004](#)

AVG; **EpidemieG**; ausgehend von der **Subsidiarität des § 3 AVG** ist diese Bestimmung angesichts der ausdrücklichen Regelung des § 33 EpidemieG hinsichtlich der Zuständigkeit für Ansprüche nach § 32 EpidemieG nicht anwendbar; dabei kommt

es nicht darauf an, ob der nach § 32 EpidemieG geltend gemachte Anspruch zu Recht besteht, sondern lediglich darauf, ob ein Anspruch nach dieser Bestimmung behauptet wird; gem § 33 EpidemieG ist zur Entscheidung über auf § 32 EpidemieG gestützte Ansprüche jene **Bezirksverwaltungsbehörde zuständig**, in deren Bereich „diese Maßnahmen getroffen wurden“, in deren örtlichen Wirkungsbereich die betreffende Maßnahme also faktisch umgesetzt wird, während es nicht darauf ankommt, wo der Sitz eines Unternehmens liegt oder die Behörde, welche die betreffende Maßnahme erlassen hat, ihren Sitz hat

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 11.06.2021, [LVwG-700977](#)

AVG; der Bf führte in seiner Beschwerde aus, das Organ der belangten Behörde widere ihn an, das Schreiben (Anm: das Straferkenntnis) sei letztklassig, eine Unterstützung der Corona-Gesundheitsdiktatur sowie eine einzige Hirnwischerei; es kann im vorliegenden Fall daher kein Zweifel daran bestehen, dass die dem Bf vorgeworfene schriftliche Äußerung eine beleidigende Schreibweise darstellt; auch kann der Bf das ordnungswidrige Verhalten nicht damit entschuldigen, dass die mit **Ordnungsstrafe** geahndete Äußerung eine „angemessene Entrüstung“ auf das Handeln der Behörde zum Ausdruck bringen sollte

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

20.07.2021, Beschwerde Nr [12886/16](#), *Polat / Österreich*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Verletzung** von **Art 9 EMRK** (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); **Obduktion** und Organentnahme zur Konservierung eines zu früh geborenen Kindes mit einer seltenen Krankheit trotz Widerspruchs der Mutter und gegen deren religiöse Überzeugung; keine Information der Behörden über Obduktion des Sohnes der Bf; kein gerechter Ausgleich zw den auf dem Spiel stehenden konkurrierenden Interessen; Erfordernisse der Wissenschaft und des Schutzes der öff Gesundheit gegen die Rechte der Bf, ihren Sohn in Übereinstimmung mit ihren religiösen Überzeugungen zu bestatten

20.07.2021, Beschwerde Nr [29447/17](#), *D / Bulgarien*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot unmenschlicher und erniedrigender Behandlung); **Verletzung** von **Art 13 EMRK** (Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf); Festnahme eines türkischen Journalisten (Bf) an Grenze zw Bulgarien und Rumänien und sofortige Abschiebung in die Türkei; Bf gab an, vor drohender politischer Verfolgung in seinem Land zu fliehen; Ablehnung der Einleitung eines Asylverfahrens; reales Risiko der Misshandlung; keine Prüfung des Antrags auf int Schutz, obwohl Bf Befürchtungen von Misshandlungen im Falle einer Rückführung geäußert hatte

20.07.2021, Beschwerde Nr [19699/18](#), *Akgün / Türkei*

Verletzung von Art 5 Abs 1 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit); **Verletzung von Art 5 Abs 3 EMRK** (Anspruch auf ein Gerichtsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist oder auf Freilassung bis zur Verhandlung); **Verletzung von Art 5 Abs 4 EMRK** (Recht auf eine schnelle Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung); U-Haft des Bf wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der von den türkischen Behörden als "FETÖ/PDY" bezeichneten Organisation; Vorwürfe der aktiven Nutzung eines verschlüsselten Nachrichtensystems, das nicht ausschließlich für Nutzung einer terroristischen Vereinigung bestimmt ist, reichen nicht aus, um plausiblen Verdacht der Mitgliedschaft zu begründen; kein hinreichender Verdacht; keine ausreichenden Gründe für U-Haft; keine ausreichende Kenntnis des Bf oder Anwalts vom Inhalt der ausschließlich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehenden Beweise

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 105/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

<p>96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020, ausgegeben am 15.03.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 184/2021: VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021</p>	<p>§§ 1 und 2 ab 16.03.2020</p> <p>§ 3 ab 17.03.2020</p>	22.3.2020
<p>110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020, ausgegeben am 20.03.2020</p>	21.03.2020	13.04.2020
<p>112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020, ausgegeben am 22.03.2020</p>	23.03.2020	13.04.2020
<p>130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020, ausgegeben am 02.04.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 486/2020: VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	03.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
<p>151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020, ausgegeben am 09.04.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 340/2020: VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020: VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
<p>162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020, ausgegeben am 18.04.2020</p>	19.04.2020	<i>unverändert</i>
<p>→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020, mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten</p>		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

<p>98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020, ausgegeben am 15.03.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 351/2020: VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020</p>	16.03.2020	22.03.2020
<p>107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020, ausgegeben am 19.03.2020</p>	20.03.2020	<i>unverändert</i>

VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020		
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>

314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl. II 314/2021 , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	Keine Angabe
---	------------	--------------

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
<p>197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl. II 197/2020, ausgegeben am 30.04.2020</p> <p>Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl. II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl. II 98/2020 <p>VfGH:</p> <p>BGBl. II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl. II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl. II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p>	01.05.2020	30.06.2020
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl. II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl. II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl. II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl. II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl. II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl. II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>

266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020 , ausgegeben am 13.06.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	15.06.2020	<i>unverändert</i>
287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020 , ausgegeben am 29.06.2020	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020 , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH §4 Abs. 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-	25.10.2020	

<p>Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft.</i></p> <p><i>§ 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft.</i></p> <p><i>§ 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.</i></p>	<p>§§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020</p> <p>§§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020</p>	<p>§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft</p>
<p>456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</i></p>	<p>07.11.2020</p>	<p>Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.</p>
COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p><i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</i></p>	<p>03.11.2020</p>	<p>30.11.2020</p> <p>§ 2 12.11.2020</p> <p>Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</p>
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p>	<p>11.11.2020</p>	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	<p>13.11.2020</p>	<p>§2 22.11.2020</p>
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	<p>07.12.2020</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 2 16.12.2020</p> <p>16.12.2020 (lt 566/2020)</p>
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p>	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p>26.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft</p>

<p>1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und</p> <p>2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.</p> <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <p>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</p> <p>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</p>		
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>
<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021</p> <p>§ 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p> <p>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 120/2021, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p>§2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des 10.04.2021</p> <p>§25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ,</p>

		Bgld.), 10.04.2021 (Wien)
147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 147/2021 , ausgegeben am 06.04.2021	07.04.2021	25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021 , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021 , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl. II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl. II 463/2020, außer Kraft. Die CO-	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020

<i>VID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>		
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>

Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021 , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021 , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (2. COVID-19-Öffnungsverordnung) erlassen wird, BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	01.07.2021	31.08.2021 §§ 12 – 16 28.07.2021
Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 321/2021 , ausgegeben am 16.07.2021	22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 328/2021 , ausgegeben am 20.07.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Stefanie Klein Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.